



Presseschau vom 17.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 sind kein Thema mehr: "Die Deutschen müssen es selbst tun"**

Noch vor einem Monat hat die EU die Pipeline Nord Stream 2 gegenüber den USA aktiv verteidigt. Nach dem "Nowitschok-Befund" in den Proben des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny planen die Gegner der Pipeline das Projekt über EU-Mechanismen zu kippen. ...

<https://de.rt.com/2ado>

Natalja Dembinskaja: **USA im Nimm-das-Geld-Modus: Droht eine Blase?**

Die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA hat den Höchststand der letzten 20 Jahre erreicht. Die Amerikaner haben im zweiten Quartal 2020 über eine Billion Dollar an Hypotheken aufgenommen – so viel wie nicht einmal vor dem großen Hypothekencrash 2007. Was kommt auf die US-Gesellschaft wirtschaftlich zu?

<https://sptnkne.ws/DEZQ>

Irina Alksnis: **Kampagne gegen russischen Impfstoff: Kleine Geschäfte in der großen Politik**

Dass Russland als erstes Land der Welt einen Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt und zugelassen hat, scheint dem überraschten Westen überhaupt nicht zu schmecken – sowohl politisch als auch finanziell. ...

<https://sptnkne.ws/DFeY>

abends/nachts:

rusvesna.su: **Die an der Grenze zur Ukraine verhaftete belarussische Oppositionelle wird angeklagt**

Die Begleiterin von Tichanowskaja und Mitglied des sogenannten Koordinierungsrates Maria Kolesnikowa wird angeklagt.

Der Untersuchungsausschuss von Belarus hat die Oppositionsaktivistin gemäß Teil 3, Art. 361 (Aktivitäten zur Schädigung der nationalen Sicherheit der Republik Belarus, die über die Medien und das Internet begangen wurden) des Strafgesetzbuchs der Republik Belarus angeklagt.

Sie bleibt in Haft.

Die Sanktion für den Tatbestand, für dem Kolesnikowa angeklagt wurde, sieht drei bis fünf Jahre Gefängnis vor.

Wir erinnern daran, dass die Kollegin der Ex-Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tikhanovskaja, Maria Kolesnikowa, am 8. September festgenommen wurde, als sie versuchte, die belarussisch-ukrainische Grenze zu überschreiten. Kolesnikowa selbst sagte, man habe versucht, sie aus Weißrussland in die Ukraine anzuschieben, weshalb sie ihren Pass zerreißen musste, um im Land zu bleiben. Am 12. September wurde Kolesnikowa in ein Gefängnis in Shodino gebracht.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mariya_kolesnikova5.jpg

de.sputniknews.com: **EU lehnt Russlands Fragen im Fall Nawalny ab**

Die Europäische Union hat sich geweigert, auf einen den Fall Alexej Nawalny betreffenden Brief der ständigen Vertretung Russlands bei der EU zu antworten. Das berichtet am Mittwoch das russische Nachrichtenportal RBK unter Berufung auf Peter Stano, den Pressesprecher für Außenbeziehungen der EU-Kommission.

Die russische Vertretung veröffentlichte ihr Schreiben am Dienstag auf ihrer offiziellen Webseite. Darin wiesen die Diplomaten auf „zahlreiche Ungereimtheiten“ im Fall um die plötzliche Erkrankung des russischen Kremlkritikers Nawalny hin.

Unter anderem wollte die russische Seite wissen, warum Berlin „nicht willens“ sei, die Ergebnisse toxikologischer Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr entweder den russischen Behörden zu übergeben oder publik zu machen.

Darüber hinaus betonten die Diplomaten, dass „Fachleute aus westlichen Ländern und wichtigen Nato-Zentren seit Jahren chemische Nervenkampfstoffe der Nowitschok-Reihe entwickelt“ hätten. In der derzeitigen Debatte um den Fall Nawalny werde diese Tatsache aber

unterlassen.

Die russische EU-Vertretung schrieb außerdem, dass Nawalnys Unterstützungswerte in Russland laut einer Studie des unabhängigen nicht-staatlichen Meinungsforschungsinstituts Levada-Zentrum vom Juli 2020 bei weniger als zwei Prozent lägen, und fragten in diesem Zusammenhang, „aus welchem Grund die russischen Behörden Alexej Nawalny vergiften sollten“.

Stano lehnte jedoch einen „öffentlichen Austausch mit ‚Fragebogen‘“ ab. Die EU erwarte von Russland eine „sofortige und transparente Ermittlung“ des Falls Nawalny in einer „völligen Zusammenarbeit mit der OPCW“, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen.

„Alle Fragen müssen im Rahmen rechtmäßiger Vorgehen und Fristen betrachtet und beantwortet werden“, zitiert RBK den EU-Vertreter.

Die Erörterung des Falls Nawalny wurde im Europaparlament für Mittwoch und Donnerstag anberaumt. ...

deu.belta.by: **Außenaufklärung Russlands über Proteste in Belarus: Aus dem Ausland organisiert und koordiniert**

Die Proteste in Belarus werden eindeutig vom Westen gesteuert. Diese Überzeugung brachte Direktor des russischen Dienstes der Außenaufklärung, Sergej Naryschkin, zum Ausdruck. Dieses Statement hat der Pressedienst der Behörde bekannt gegeben.

„Alle Protestaktionen in Belarus wurden von Anfang an gut organisiert und vom Ausland aus koordiniert. Der Westen hat in den belarussischen Ereignissen eine deutliche Spur hinterlassen“, sagte Sergej Naryschkin.

Die Proteste wurden lange vor den Wahlen vorbereitet. „Nach den dem Auslandsnachrichtendienst vorliegenden Informationen spielen die USA in den aktuellen Geschehnissen in Belarus die Hauptrolle. Obwohl Washington versucht, sich im öffentlichen Raum zurückhaltend zu benehmen, haben die Amerikaner seit Beginn der Massenproteste auf der Straße die Finanzierung regierungsfeindlicher Kräfte mehrfach aufgestockt“, sagte Sergej Naryschkin.

„In den Jahren 2019-2020 haben die USA über verschiedene Nichtregierungsorganisationen rund 20 Millionen Dollar in die Organisation von Anti-Regierungsdemonstrationen geleitet“, sagte der SWR-Chef.

Ihm zufolge wurde dieses Geld dafür verwendet, um ein Netzwerk von unabhängigen Bloggern und Informations-Accounts in sozialen Netzwerken zu bilden und Koordinatoren der Straßenproteste auszubilden. „Besonders talentierte Koordinatoren wurden im Ausland ausgebildet, insbesondere in Polen, Litauen und der Ukraine, wo sie von erfahrenen amerikanischen Tutoren für „friedliche Proteste“ geschult wurden“, sagte Naryschkin.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1600275673_52670_big.jpg

de.sputniknews.com: **RDIF führt Gespräche über Herstellung von Corona-Impfstoff „Sputnik V“ in Südkorea**

Der Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) führt derzeit Gespräche mit Südkorea über die mögliche Herstellung des russischen Corona-Impfstoffes „Sputnik V“. Dies teilte der CEO des Fonds, Kirill Dmitriev, mit.

„Derzeit befinden sich die Gespräche mit Südkorea in der Schlussphase, wir haben auch einige Vereinbarungen mit China getroffen. Derzeit wird um die Produktionskapazitäten im Ausland aktiv gekämpft: vor allem amerikanische und britische Pharmaunternehmen versuchen jetzt, diese zu besetzen“, sagte Dmitriev gegenüber dem russischen TV-Sender Rossiya 24.

„Wir sind damit zufrieden, dass wir die Herstellung des russischen Impfstoffes im Ausland vereinbart haben. Dieser wird direkt an ausländische Märkte auf Kosten der ausländischen Produktionsstätten gelangen“, fügte er hinzu.

Am Mittwoch teilte der Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) mit, dass er sich mit dem indischen Pharmaunternehmen Dr. Reddy's Laboratories Ltd (Dr. Reddy's) auf eine Lieferung des Impfstoffes „Sputnik V“ geeinigt hätten.

Der Mitteilung des Fonds zufolge werden 100 Millionen Impfstoff-Dosen nach Indien gebracht. Die Absprachen über die Durchführung klinischer Studien und die „Sputnik V“-Lieferungen wurden mit der Firma Dr. Reddy's Laboratories Ltd (Dr. Reddy's) getroffen. Die Lieferungen können laut dem Fonds Ende 2020 beginnen. Zuvor sollen die Ergebnisse der klinischen Tests veröffentlicht und der Impfstoff in Indien registriert werden. ...

rusvesna.su: **Tichanowskaja wurde ins Europäische Parlament eingeladen**

Der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, gab am Mittwoch, dem 16. September, bekannt, dass er den Oppositionsführer von Belarus, Swetlana Tichanowskaja, zu einem Besuch im Europäischen Parlament eingeladen habe.

„Heute habe ich mit Swetlana Tichanowskaja über die Situation in Belarus gesprochen, die tiefe Besorgnis erregt. Sie hat meine Einladung in das Europäische Parlament angenommen“, schrieb er auf Twitter.

Zuvor hatte Tichanowskaja bereits an einer Sondersitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments per Videolink teilgenommen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_svetlana_tihanovskaya.jpg

vormittags:

rusvesna.su: **Konfrontation in Syrien: Das von der russischen Armee verdrängte US-Militär schickte Kampfhubschrauber**

Die US-Armee ändert ihre Strategie der Konfrontation mit dem russischen Militär in Syrien. Während der letzten Patrouille von Siedlungen in der Provinz Haseke begingen die amerikanischen Streitkräfte gegenüber der russischen Militärpolizei neue Provokationen. Zwei amerikanische Kampfhubschrauber AH-64 Apache, die gegen die Vereinbarungen über die Interaktion der Parteien verstießen, begleiteten den Konvoi des russischen Militärpersonals.

Anscheinend gibt das Kommando der Internationalen Anti-Terror-Koalition nach einem schweren physischen und psychischen Trauma ihrer Soldaten seine Versuche nicht auf, die Bewegung der russischen Patrouillen zu kontrollieren, allerdings direkte ohne Hindernisse vor Ort zu schaffen.

Es ist merkwürdig, dass sich das Verhalten der Amerikaner stark verändert hat: In den letzten Wochen nach dem Vorfall mit dem gepanzerten internationalen MaxxPro-Fahrzeug, das von einem gepanzerten Personaltransporter der Militärpolizei gerammt wurde, erschien die US-Armee nicht auf dem Weg unserer Patrouillen. Jetzt haben sie beschlossen, Kampfhubschrauber einzusetzen.

Erinnern wir uns daran, dass gestern ein amerikanischer Apache bereits eine Notlandung in derselben Region durchgeführt hat.

Es ist nicht bekannt, ob die bekannte Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten in der Luft weitergehen wird, aber dass Russland die Amerikaner vor Ort im Trans-Euphrat verdrängt hat, ist eine Tatsache.

Gleichzeitig bleiben die vom amerikanischen Kommando zwischen den Divisionen der Vereinigten Staaten und Russland versprochenen koordinierten Aktionen nur Worte, und die unkoordinierten und provokativen Aktionen der USA können wiederum zu unnötigen menschlichen Opfern führen, für die die amerikanische Seite keine rechtliche Verantwortung trägt.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/pRnhDApujBM" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/pRnhDApujBM>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. September wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengeinrichtungen registriert: um 14:35 Uhr im Gebiet von Stschastje.

deu.balta.by: **Lukaschenko nimmt Stellung zum Parteaufbau in Belarus**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko äußerte sich beim Treffen mit der politischen Führung des Landes über Parteaufbau.

Dem Staatschef zufolge muss man sich vor der Annahme der neuen Verfassung mit dem Parteisystem und dem Gesetz über politische Parteien auseinandersetzen.

Der Präsident stellte fest, dass die moderne Gesellschaft strukturiert wird und ihre politischen Organisationen, einschließlich Parteien haben muss.

Alexander Lukaschenko sagte, dass zurzeit 15 Parteien im Justizministerium registriert sind.

„Wir erkennen aber, dass es (eigentlich) keine Parteien sind. 10 von ihnen wichen von der Satzung und ihren Aufgaben ab und fordern Neuwahlen. Ich beauftrage das Justizministerium damit, alle Parteien auf Übereinstimmung mit den Forderungen hinsichtlich Mitgliederzahl

und Struktur zu überprüfen, und festzustellen, ob sie die Satzung befolgen. Sie müssen neu registriert werden“.

„Schon seit langem arbeitet man am neuen Gesetz, wir brauchen aber Resultate“, unterstrich der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1600325151_52673_big.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. September 3:00 Uhr bis 17. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung oder der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: „Nowitschok“-Spuren sollen an Flasche aus Tomsker Hotel gefunden worden sein – Nawalnys Instagram

Laut dem Instagram-Account des russischen Bloggers Alexej Nawalny soll das deutsche Labor während der Untersuchung einer Wasserflasche aus dem Tomsker Hotel, in dem der Kreml-Kritiker gewohnt hatte, Spuren des Giftstoffes „Nowitschok“ gefunden haben.

„Das ist die Flasche aus dem Tomsker Hotelzimmer, in dem Nawalny selbst abgestiegen war (...). Zwei Wochen danach hat ein deutsches Labor eben an dieser Flasche aus dem Tomsker Hotelzimmer ‚Nowitschok‘-Spuren entdeckt“, heißt es im Instagram-Account von Nawalny zu einem entsprechenden Video.

In dem Beitrag heißt es ferner, Mitglieder des Teams von Nawalny, die in Tomsk geblieben waren, hätten sofort nach dessen Einlieferung ins Krankenhaus einen Anwalt gerufen und das Hotelzimmer, in dem der Blogger wohnte, aufgesucht und damit begonnen, alles, was sie dort gefunden hätten – darunter auch Flaschen mit Hotelwasser –, zu fixieren, zu beschreiben und einzupacken.

Einer der „Nowitschok“-Entwickler, Leonid Rink, zieht diese Informationen in Zweifel. „Wenn man berücksichtigt, dass alle Flaschen gleich sind, ist das ein ‚tödliches Indiz‘. Wir können sie nicht sehen, aber sie haben sie ja. Alle Flaschen sind gleich, und es ist (...) nicht zu beweisen, dass eben diese Flasche aus dem Hotel in Tomsk kommt. Es ist unmöglich zu beweisen, dass es eben jene Flasche ist, das heißt, diese Flasche kann an jedem Punkt der Erde präpariert worden sein“.

Rink betonte unter anderem, dass das Auftragen von „Nowitschok“ auf die Flasche im

Tomsker Hotel, in dem Nawalny wohnte, nicht nur zu seinem Tod, sondern zum Tod aller, die diese berührt hätten, geführt hätte.

Das Tomsker Hotel Xander, wo der russische Blogger und Kreml-Kritiker wohnte, kommentiert die Informationen nicht: „Wir geben keine Kommentare ab, (...) es gibt keine Informationen.“

Zuvor hatte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) mitgeteilt, dass sie eine Anfrage von Deutschland über den Erhalt technischer Hilfe im Fall Nawalny bekommen hätte.

Die Hilfe werde gemäß dem Artikel VIII der Chemiewaffenkonvention geleistet. Vor der Anfrage hatte laut der entsprechenden OPCW-Mitteilung der Generaldirektor der Organisation (Fernando Arias – Anm. d. Red.) vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Miguel Berger, einen Brief erhalten, wonach deutsche Experten zu dem Schluss gekommen seien, dass „ein Nervenkampfstoff aus der sogenannten ‚Nowitschok‘-Gruppe als Quelle dieser Vergiftung festgelegt werden könnte“.

„Auf dieser Basis hat das technische Sekretariat bestimmte Vorbereitungsmaßnahmen ergriffen, um zu jeglichen Anfragen von Deutschland bereit zu sein“, hieß es weiter.

„Im Rahmen dieses Prozesses war das technische Sekretariat im ständigen Kontakt zu den deutschen Behörden in Erwartung ihrer Entscheidung (...).“

„Das Expertenteam des technischen Sekretariats hat unabhängig biomedizinische Proben von Herrn Nawalny für die Analyse in den OPCW-Laboratorien gesammelt. Die Ergebnisse werden erwartet und den deutschen Behörden zur Verfügung gestellt.“



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327949640_0:341:2521:1704_1000x080_0_1_12857ff077dafbcd81a03f66d701c488.jpg

deu.belta.by: **Chrenin und Schoigu besprechen Zusammenarbeit im Militärbereich**

Der belarussische Verteidigungsminister Generalmajor Wiktor Chrenin und der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu führten Gespräche in Minsk. Das gab das Verteidigungsministerium bekannt.

„Während der Verhandlungen unterstrich der Leiter des belarussischen Verteidigungsministeriums die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten im Militärbereich, insbesondere in schwieriger militärpolitischer Lage. Er bedankte sich bei der militärpolitischen Führung der Russischen Föderation für die Unterstützung“, hieß es aus der Behörde.

Die Seiten besprachen den Kooperationsplan zwischen Verteidigungsministerien beider Staaten. Dem russischen Verteidigungsminister zufolge kann man trotz der Pandemie den Kooperationsplan bis Jahresende effizient verwirklichen. Im Fokus steht die Kampfausbildung.

Sie gingen auf die Durchführung der ersten Etappe der Militärübung „Slawische Bruderschaft-2020“ ein, die in Belarus seit dem 14. September stattfindet. Die Diskussion

kreiste auch um die Vorbereitung der zweiten Etappe des Militärmanövers. Zurzeit sind belarussische Militärs ins Gebiet Astrachan zum Militärmanöver „Kaukasus-2020“ eingetroffen. Für den 12. bis 16. Oktober ist das Militärmanöver mit OVKS-Friedenseinsatzkräften „Unerschütterliche Bruderschaft -2020“ geplant.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1600326554_52674_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 17. September um 9:00 Uhr 801 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. Davon sind 699 Patienten nach zweifachen negativen Test als gesund entlassen worden.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 24 Todesfälle.

rusvesna.su: Nach Nawalny wurde Kernes nach Berlin gebracht

Der Bürgermeister von Charkow, Gennadi Kernes, der schwer am Coronavirus erkrankt ist, wurde am Donnerstag in die deutsche Klinik „Charité“ gebracht.

Dies gab der Geschäftsmann und Freund von Kernes Pawel Fuks bekannt.

„Gegen 1 Uhr morgens flog Gennadi Kernes in die Charité“, schrieb Fuks auf seinem Telegram-Kanal.

Er bestätigte, dass der Bürgermeister von Charkow in einem ernsten Zustand ist, aber er bleibe bei Bewusstsein und es gelang ihnen, ein paar Worte per Videolink auszutauschen.

Wir erinnern daran, dass bei Kernes zuvor COVID-19 und eine beidseitige Lungenentzündung diagnostiziert worden war. Am 10. September wurde er in das 17. Stadtkrankenhaus in Charkow eingeliefert.

Seit dem 22. August wird der russische Blogger Alexei Navalny, der angeblich von „Nowitschok“ vergiftet wurde, in der Charité behandelt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kernes_0.jpeg

Mzdnr.ru: Am 16. September wurden in der DVR 41 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, einer davon wurde bei einer aus der Ukraine eingereisten Person entdeckt.

In den letzten 24 Stunden wurden 83 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Außerdem gab es drei Todesfälle – Männer im Alter von 67 und 63 Jahren und eine Frau im Alter von 76 Jahren.

Am 17. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2908 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1143 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1594 als gesund entlassen, es gibt 171 Todesfälle.

Am 17. September wurde eine Coronavirusinfektion bei 131 Personen entdeckt, die seit dem 25. Juni aus der Ukraine eingereist sind. Alle infizierten Patienten befinden sich in spezialisierten Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik und werden kostenlos behandelt.

deu.belta.by: Lukaschenko gibt Einzelheiten der Gespräche mit Putin bekannt

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko gab beim Treffen mit der politischen Führung des Landes die Einzelheiten der Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 14. September in Sotschi bekannt.

Im zugehörigen wurde in erster Linie über die Energiebranche diskutiert. Der belarussische Botschafter in Russland Wladimir Semaschko führte Gespräche mit Russland über Energiefragen, betonte der belarussische Staatschef.

Putin habe die Ankurbelung der Zusammenarbeit zwischen Holdings, Industriebetrieben vorgeschlagen.

Alexander Lukaschenko ging auch auf den russischen Kredit in Höhe von \$1,5 Mrd. ein. Das sei kein neuer Kredit, sondern Refinanzierung der vorjährigen Verschuldung.

Außerdem schlug Wladimir Putin vor, regionale Zusammenarbeit neben Kontakten zwischen Betriebsleitern und Direktoren von Holdings zu intensivieren. Ende September werde das Forum der Regionen durchgeführt. Dort würden viele Probleme gelöst. Semaschko habe mitgeteilt, dass schon die Verträge für \$290 Mio. abgeschlossen seien.

„Wir erörterten auch die Umleitung des Güterverkehrs aus den Ostseestaaten auf Sankt Petersburg“, erklärte der Präsident.

Eine besondere Aufmerksamkeit schenken Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin der

Zusammenarbeit in der Rüstungsbranche. „Eine Armee, die nicht kämpft, ist keine Armee. Wir müssen die Militärübungen durchführen“, sagte der Präsident.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1600333301_52677_big.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **EU-Parlament fordert härtere Sanktionen gegen Russland im Fall Nawalny**

Am Donnerstag hat das EU-Parlament eine Resolution gebilligt, die härtere Sanktionen gegen Russland wegen der mutmaßlichen Vergiftung des Kremlkritikers Alexej Nawalny vorsieht. Außerdem forderte das Europaparlament den sofortigen Beginn einer internationalen Untersuchung zu der Giftattacke auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Auch die EU solle daran beteiligt sein, hieß es in der am Donnerstag verabschiedeten Resolution. Der wiederholte Einsatz chemischer Waffen gegen russische Bürger sei ein Grund für Besorgnis, so die EntschlieÙung.

Die Abgeordneten forderten Russland auf, „Einschüchterung, Gewalt, Belästigung und Unterdrückung von Oppositionellen“ ein Ende zu setzen. Politische Morde und Vergiftungen seien in Russland ein systematisches Mittel des Regimes, um die Opposition vorsätzlich anzugreifen.

Die EU müsse angesichts des Falls die Beziehungen zu Russland überdenken, forderte das Europaparlament. Russland müsse in internationalen Foren weiterhin isoliert werden und dem EU-Sanktionsregime für Menschenrechtsverletzungen zügig zugestimmt werden.

Für die Resolution stimmten 532 Abgeordnete, 84 stimmten dagegen und 72 enthielten sich.

...

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17. September 2020**

Die ukrainische Aggression bringt den Einwohnern der Republik seit sechs Jahren Schmerz und Leid. Neben zielgerichtetem Beschuss friedlicher Stadtteile unserer Republik sind leider Fälle, dass Zivilisten auf nicht detonierte Geschosse, die von ukrainischen Verbrechern abgefeuert wurden, geraten, nicht selten.

So erlitt heute ein Bürger, geb. 1962, der sich in der Nähe eines Gewässers in Sachanka befand, bei der **Explosion eines nicht detonierten Geschosses** Splitterverletzungen.

Nach vorläufigen Informationen war dies ein nicht detoniertes Geschoss, das zuvor von ukrainischen Kämpfern der 36. Brigade beim Beschuss von Sachanka abgefeuert wurde. Derzeit befindet sich der Verletzte im Krankenhaus in Nowoasowsk, wo er qualifiziert ärztlich behandelt wird.

Wir erinnern daran, dass Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist haben und die Handlungen der ukrainischen Besatzer nicht unbestraft bleiben werden, der Feind wird die verdiente Strafe erhalten.

Das Kommando der Volksmiliz ruft die Einwohner der frontnahen Bezirke der Republik auf, wachsam und vorsichtig beim Entdecken verdächtiger Objekte oder nicht detonierter Geschosse zu sein.

Über alle entdeckten explosiven Objekte informieren Sie bitte unverzüglich die Notfalldienste der militärischen Behörden der Republik.

Außerdem lenken wir ein weiteres Mal die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Gefahren, die Abgrenzungslinie an nicht dafür vorgesehenen Orten zu passieren, da die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Örtlichkeiten vermint haben, und wir erinnern an die Notwendigkeit, die Grenzen nur an den offiziellen Passierpunkten zu überschreiten.

deu.belta.by: **Meinung: Opposition will Belarussen wütend machen und für Straßenproteste motivieren**

Die Opposition hat die Absicht, die Menschen in Belarus wütend zu machen, zu radikalisieren und für Straßenproteste zu motivieren. Diese Meinung äußerte der russische Politologe Sergej Michejew in einer TV-Sendung auf ONT.

Die Experten aus vielen Ländern der Welt schauen heute auf Belarus und analysieren die weitere Entwicklung. Viele Bedenken ruft der sogenannte strategische Gesamtplan von der Opposition hervor. Darin ruft sie nämlich zu Streiks, Zahlungsverweigerung (etwa für Nebenkosten), Boykott belarussischer Produkte und staatlicher Banken auf. Die Politologen sind sich darin einig, dass diese Idee eine destruktive Wirkung hat und in erster Linie einfachen Normalbürgern schaden wird.

Michejew glaubt, dass hinter diesen Absichten der Opposition eine ganz klare Taktik einsehbar ist: Man will den belarussischen Staat finanziell ruinieren. „Aber dieser Versuch, den Staat seiner Einnahmen zu berauben, ist im Grunde genommen ein Schuss ins eigene Knie. Er bringt nichts Gutes, die Lage einfacher Menschen in Belarus wird sich nur verschlechtern.“

Der Politologe ist sicher: Die Opposition in Belarus braucht eine radikalisierte und verärgerte Menschenmenge. „Sie will, dass die Menschen verarmen, keine Löhne erhalten, wütend werden und als radikalisierte Gruppen an Straßenprotesten teilnehmen. Die ganzen politischen Slogans und die Aufrufe zur Revision der Wahlergebnisse gingen nicht oder nicht ganz auf. Welche Wege gibt es noch, um die Menschen zu verärgern? Das sind entweder blutige Provokationen oder eine Situation, in der die Menschen nichts zu essen haben“, resümierte Michejew.

de.sputniknews.com: **Für Bau von Nord Stream 2 geeignetes Schiff auf Rügen eingetroffen**

Das russische Versorgungsschiff „Ivan Sidorenko“ ist am Donnerstag im deutschen Hafen Mukran auf Rügen, der logistischen Basis für das Projekt Nord Stream 2, eingetroffen. Dies ist der Schiffrounternehmensbank MarineTraffic zu entnehmen.

Die „Ivan Sidorenko“ war demnach am Dienstag aus dem Hafen von St. Petersburg ausgelaufen. Das Schiff ist für Arbeiten mit Halbtaucher-Bohrplattformen geeignet und hat einen uneingeschränkten Fahrtbereich. Ein weiteres Schiff dieses Typs, die „Ostap Scheremet“, liegt derzeit in Kaliningrad.

In Mukran befindet sich außerdem der Rohrverleger „Akademik Tscherski“. Ein weiteres mögliches Verlegeschiff – die „Fortuna“ – war im Juli in Deutschland eingetroffen und liegt im Hafen von Rostock. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327949915_0:18:3076:1682_1000x541_80_0_0_f0cac09234eba663174ddf0920655979.jpg

belta.by: Die Generalstaatsanwaltschaft reagierte auf Aufrufe, den normalen Betrieb von Unternehmen zu stören

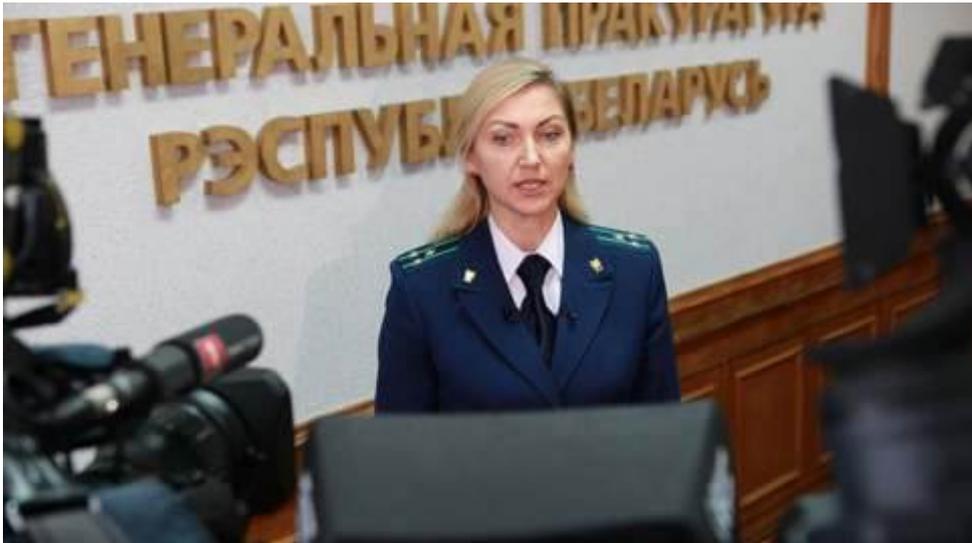
Die Generalstaatsanwaltschaft hat auf Aufrufe reagiert, um den normalen Betrieb von Unternehmen zu stören, sagte die Leiterin der Informationsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft, Angelika Kurtschak, gegenüber Reportern.

„Gestern haben sie in einigen Messengern angekündigt, dass eine landesweite Solidaritätsaktion im Land stattfindet, und erklärt, dass der 16. September von vielen Unternehmen zum freien Tag erklärt wurde. Ich stelle fest, dass die Lokomotiven der Volkswirtschaft noch nie einer derartigen Provokation erlegen sind und auch jetzt nicht unterliegen“, sagte Angelika Kurtschak.

Tatsächlich nahmen einige Cafés, kleinere Läden und Studios in Minsk an der Aktion teil. Dabei erklärten viele aus Angst vor der Verantwortung diesen Tag zu einem Hygienetag. In allen anderen Regionen des Landes arbeiteten Handels- und Dienstleistungseinrichtungen wie gewohnt.

„Die Staatsanwaltschaft reagierte sofort auf Forderungen nach einer Störung des normalen Betriebs von Unternehmen und des Rechts der Bürger auf den Erhalt von Dienstleistungen“, sagte die Leiterin der Informationsabteilung. Bei Verstößen werden die Täter gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zur Rechenschaft gezogen.“

Angelika Kurtschak fügte hinzu, dass es je nach Art der Arbeit einer bestimmten Geschäftseinheit tatsächlich vorgesehen sei, gesetzlich vorgeschriebene Hygienetage abzuhalten. „Wenn diese Anordnung verletzt wird, werden Maßnahmen ergriffen, um die Rechte der Bürger auf Erhalt von Dienstleistungen sicherzustellen“, schloss sie.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000024_1600340056_407163_big.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17.09.2020**
In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **keine Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gestern, am 16. September, hat die Ukraine auf der Videokonferenz zu Fragen der Sicherheit ein weiteres Mal ihre Haltlosigkeit in der Frage der Realisierung des Prozesses einer friedlichen Regelung des Konflikts demonstriert, indem sie sich einer weiteren Zusammenarbeit mit den Volksrepubliken im Rahmen des Koordinationsmechanismus zur Reaktion auf Verstöße verweigert hat.

Beobachter der OSZE-Mission haben in ihrem Bericht vom 16. September 2020 **weitere Fälle von Verletzungen des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand durch die ukrainischen bewaffneten Formationen** bestätigt. In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von vier Stück Waffen und Militärtechnik durch Kämpfer der 54., 79. und 35. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Wohngebieten von Romanowka, Werchnetorezkoje, Slawnoje, Mironowskij bemerkt. Gesondert merken wir an, dass unter der entdeckten Technik ein Panzer festgestellt wurde, der in einem Wohngebiet von Romanowka stationiert ist.

Um die Stationierung der Waffen zu verheimlichen, wirken die ukrainischen Kämpfer zielgerichtet auf Luftkontrollmittel der OSZE-Mission ein.

Auf Befehl des Leiters des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Lutschnikow haben mobile Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Verantwortungsbereichen der 53. und 79. Brigade der BFU in den Gebieten von Marjinka und Granitnoje blockiert.

Mehr noch, eine Gruppe aus drei Kämpfern der 79. Brigade hat eine Diversion gegen Eigentum der OSZE-Mission durchgeführt, indem sie die Funktion einer stationären Videobeobachtungskamera im Gebiet von Beresowoje blockiert hat.

Gemäß uns vorliegenden Informationen arbeitet zum Fall, dass ein Offizier der ukrainischen Seite im GZKK und der Leiter des Stabes der 35. Brigade auf einer ukrainischen Positionen im Gebiet von Schumy auf eine Antipersonenmine geraten sind, eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ unter Leitung es Kommandeurs Schandar in der Leitung der 35. Brigade und am Ort des Geschehens.

Es wurde festgestellt, dass der kommissarische Kommandeur der 35. Brigade Andrienko der eintreffenden Kommission Karten der Minenfelder im Verantwortungsbereich des Verbandes

zur Verfügung gestellt hatte. Bei der Arbeit der Offiziere des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ wurde entdeckt, dass die dem Kommandeur vorgelegten Dokumente nicht der Wirklichkeit entsprechen und schon im Jahr 2018 veraltet waren. Im Zusammenhang damit sind Schlussfolgerungen aus den Materialien der Ermittlung Andrienkos, dass die verletzten Soldaten Apollonow und Salewskij selbst an dem Vorfall Schuld sind, nicht angebracht. Wir erinnern daran, dass im Ergebnis der Ermittlung durch Offiziere des Stabs der 35. Brigade angegeben wurde, dass die Soldaten bei der Fahrt in Richtung der Positionen im Gebiet von Schumy 150 Meter von den Positionen entfernt von der festgelegten Route abgewichen seien und sie dadurch auf eine Antipersonenmine gerieten.

Um eine weitere Ermittlung durchzuführen und die für den Vorfall verantwortlichen Personen zu finden, wird derzeit auf Anweisung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ im Verantwortungsbereich der 35. Brigade eine genaue Feststellung der Orte von Sprengeinrichtungen, um die Karten von Minenfeldern zu ergänzen und Fotos- und Videoaufzeichnungen zu machen.

Wir schließen nicht aus, dass die Folge der sogenannten Mineninspektion weitere nicht kampfbedingte Verluste der BFU auf eigenen Minen sein werden.

Es sind weitere **Fälle von Waffen- und Munitionsschmuggel** in den Einheiten der BFU festzustellen, durch die zusätzliche finanzielle Mittel erzielt werden sollen.

So hat das Kommando der 36. Brigade an den Stab des 501. Marineinfanteriebataillons Anweisungen gegeben, Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm zu konfiszieren und von den Frontpositionen abzutransportieren.

Ursache dafür ist eine Absprache des Stabschefs des 501. Bataillons und des Leiters des Raketenartilleriewaffendienstes der 36. Brigade, gemäß der sie geplant haben, durch Kanäle von Kämpfern aus „Asow“ 70 120mm-Mörsergeschosse, 95 82mm-Mörsergeschosse, 30 F1-Granaten und acht Kisten mit Patronen für AK-74-Maschinenpistole aus der OOS-Zone zu bringen.

Mitarbeitern der Mariupoler Abteilung des SBU gelang es, bei der Durchführung einer Ermittlung zum Fall, dass ein Panzerfahrzeug vom Typ „Hummer“ des Kommandeurs des 501. Bataillons Birjukow auf eine Mine geriet, die Umstände der Sache festzustellen. Es wird angemerkt, dass der Bataillonskommandeur ein Gegner der Absprache zum Abtransport der Munition aus der OOS-Zone war, weswegen Kämpfer von „Asow“ versuchten, ihn zu liquidieren, indem sie die Route im Gebiet von Berdjanskoje verminten.

Das geringe Niveau der Personalausstattung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone zwingt das ukrainische Kommando, grundlegende Maßnahmen zu ergreifen, um Bürger der Ukraine zum Militärdienst heranzuziehen.

Durch Angaben unserer Aufklärung ist bekannt, dass in der 56. Brigade etwa 2600 Personen gelistet sind, was 60 Prozent des normalen Personalbestands des Verbandes sind. Im Zusammenhang damit führen für moralisch-psychologische Betreuung zuständige Offiziere auf Anweisung des Brigadekommandeurs Iwanow Agitation unter der Bevölkerung der nahe liegenden Ortschaften Kalinowo, Krasnoarmejsk und Michajlowka durch. Bei der Agitation verweisen sie auf die bequemen Dienstbedingungen bezüglich der Gewährung von Urlaub sowie auf das hohe Soldniveau.

Hohe Beamte des des Verteidigungsministeriums der Ukraine sind ihrerseits darüber beunruhigt, dass junge Bürger nicht in den ukrainsichen bewaffneten Formationen dienen wollen, und beabsichtigen, dass Problem durch Umbenennung der Militärkommissariate zu lösen, indem sie in den Einberufungen auf diese als „territoriale Zentren zur Versorgung und sozialen Unterstützung“ verweisen. Nach ihrer Meinung wird sich eine solche Formulierung positiv auf die Motivation der Bürger auswirken, in die Militärkommissariate zu kommen und einen Vertrag mit den ukrainischen Streitkräften abzuschließen.

Verhaftung russischer Fluglotsen

Die polnische Generalstaatsanwaltschaft hat einen Antrag auf provisorische Haft für drei Fluglotsen gestellt, die im Jahr 2010 während des Absturzes einer polnischen Regierungsmaschine am Flughafen Smolensk-Sewerny im russischen Gebiet Smolensk gearbeitet hatten. Das teilte die Pressesprecherin der Behörde, Eva Bialik, RIA Novosti mit. Bialik nannte die Fluglotsen mit Vornamen. „Es handelt sich um (...) Pawel P., Viktor R. und Nikolai K.“, sagte sie. Nach polnischem Gesetz dürfen die Personen, gegen die ein Verfahren läuft, nicht mit vollem Namen genannt werden.

Sollte das Gericht von Warszawa-Mokotów einen Haftbefehl erteilen, würde dies einen Schritt zur Ausschreibung der Fluglotsen zur internationalen Fahndung und zum anschließenden Ersuchen um ihre Auslieferung an Warschau bedeuten. „Die gegen die Fluglotsen erhobenen Anschuldigungen betreffen ein wissentliches Provozieren der Flugkatastrophe, die den Tod von vielen Menschen nach sich gezogen hat“, erläuterte Bialik. Die Regierungsmaschine Tu-154 war am 10. April 2010 beim Landeanflug auf den Flughafen Smolensk-Sewerny verunglückt. An Bord befanden sich neben acht Crewmitgliedern auch 88 Passagiere – Mitglieder einer Delegation, die an den Trauerfeierlichkeiten im Ort Katyn teilnehmen sollte. Zu den Passagieren gehörten Polens Staatspräsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria Kaczyńska. Niemand überlebte.

Das Zwischenstaatliche Luftfahrtkomitee (IAC) hat im Jahr 2011 einen Endbericht veröffentlicht, laut dem das Flugzeugunglück auf die Weigerung der Besatzung zurückzuführen war, einen Ausweichflughafen anzufliegen. Weitere, systembedingte Ursachen des Unglücks seien Mängel bei der Flugversorgung und der Ausbildung der Crewmitglieder gewesen, hieß es.

Die erste polnische Ermittlungskommission unter Leitung des früheren Innenministers Jerzy Miller kam zum gleichen Schluss. Sie sah die Unglücksursache darin, dass die Regierungsmaschine bei dichtem Nebel in einer zu geringen Höhe den Landeanflug versuchte.

Der Anflug wurde etwa 30 Meter über Grund abgebrochen, so dass es den Piloten nicht mehr gelang, die Maschine hochzuziehen. Das Flugzeug prallte auf den Boden, zerbrach in mehrere Teile und geriet in Brand.

Die heutigen polnischen Behörden haben den IAC-Bericht und das Gutachten der Kommission von Miller abgelehnt und eine neue Ermittlungskommission eingesetzt, die ihre Arbeit noch immer nicht abgeschlossen hat. Die neue Kommission prüft unterschiedliche Versionen, darunter auch ein wissentliches Handeln der Fluglotsen.

Moskau hat das erneute Ermittlungsverfahren Polens als politisch engagiert eingestuft.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327950262_0:127:3354:1941_1000x541_80_0_0_f7fd21165674a0d26045be430852e783.jpg

ria.ru: **Das Außenministerium äußerte sich zu den Plänen der EU, neue Sanktionen nach Nawalny zu benennen**

Die Idee der Europäischen Union, die neuen Beschränkungen nach Alexej Nawalny zu benennen, ist ein offener Versuch, ihnen eine bewusst antirussische Ausrichtung zu geben, sagte die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Zuvor hatte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt, dass das in Europa geschaffene globale Sanktionsregime für Menschenrechtsverletzungen und humanitäres Recht nach einem russischen Aktivisten benannt werden könnte

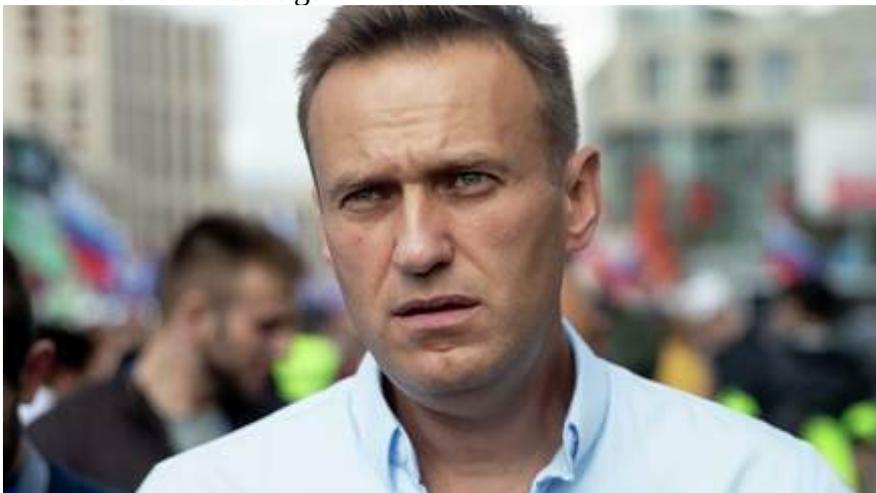
„Die Art der Aussagen aus Brüssel lässt unfreiwillig darauf schließen, dass unsere westlichen Partner keineswegs daran interessiert sind, die Wahrheit herauszufinden (in der Situation mit Nawalny – Red.)“, kommentierte Sacharowa.

Ihr zufolge besteht das eigentliche Ziel der in der Europäischen Union geförderten Informationskampagne darin, „die Irreversibilität der in der EU eingeschlagenen destruktiven Linie“ gegenüber Russland zu gewährleisten.

„Wir hoffen, dass sich der gesunde Menschenverstand in der Europäischen Union durchsetzen wird, unsere Partner die Praxis der willkürlichen Benennung von Schuldigen aufgeben und weiterhin nur auf der Grundlage realer und bestätigter Tatsachen Schlussfolgerungen ziehen werden“, schloss die Diplomatin.

Alexej Nawalny wurde am 20. August in Omsk ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er im Flugzeug krank geworden war. Ärzte diagnostizierten eine Stoffwechselstörung, die einen starken Abfall des Blutzuckerspiegels verursachte. Es ist noch nicht klar, was es verursacht hat, aber in Nawalneys Blut und Urin wurden keine Gifte gefunden. Später wurde er nach Deutschland transportiert, dessen Behörden einige Tage später bekannt gaben, dass der Russe mit einer Substanz der Nowitschok-Gruppe militärischer Substanzen vergiftet worden war. Moskau schickte eine Anfrage nach detaillierteren Informationen zu den Ergebnissen der Analysen des Berliner Labors, bekam aber keine Antwort.

Gleichzeitig ist bekannt, dass der deutsche Geheimdienst BND seit den 1990er Jahren Zugang zu Novichok hat. Darüber hinaus wurde es von etwa 20 westlichen Ländern untersucht, darunter Großbritannien, USA, Schweden und die Tschechische Republik. Russland stoppte gemäß einem Präsidialdekret von 1992 die Entwicklung auf dem Gebiet der chemischen Waffen und zerstörte 2017 den gesamten verfügbaren Bestand an solchen Substanzen, was von der OPCW bestätigt wurde.



https://cdn24.img.ria.ru/images/07e4/09/03/1576677345_0:206:2947:1864_1600x0_80_0_0_2f0db9449e9e9b399a42bc847f99af39.jpg

de.sputniknews.com: **In der Hoffnung auf breites Echo: Professoren nominieren Nawalny**

für Friedensnobelpreis

Der russische Oppositionelle Alexej Nawalny ist für den Friedensnobelpreis nominiert worden. Dies teilte Professor Sergej Jerofew von der Rutgers University (USA) auf Facebook mit. Die Nominierung erfolgte auf Initiative von Wissenschaftlern angesehener Universitäten.

„Heute hat eine Reihe von Professoren anerkannter Universitäten, die als ihren Schwerpunkt Russland haben, ihn (Alexej Nawalny – Anm. d. Red.) für den Friedensnobelpreis nominiert. Diese Idee ist nicht ganz neu, sie ist aber aktueller geworden und soll ein breites Echo finden“, schrieb Jerofew auf Facebook.

Er betonte, den Nominierungsprozess hätten die Wissenschaftler angebahnt, „das bedeutet allerdings nicht, dass keine Staatsfunktionäre oder Vertreter internationaler Organisationen auf den Plan treten werden, die ihnen folgen werden.“

Laut Jerofew gibt es unter den Befürwortern dieser Idee auch jene, die zuvor eine negative Einstellung zu Nawalneys Tätigkeit hatten, jedoch ihre Meinung geändert haben.

„Sogar die Kollegen, die der Auffassung sind, dass der Friedensnobelpreis etwas in Verruf gekommen ist, stimmen zu, ihm eine Chance zu geben, falls ihn Alexej bekommen sollte“, erklärte Jerofew. ...

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin am 17. September 2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer des 2. Bataillons der 25. Brigade der BFU **Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** und zur Säuberung eines Abschnitts von den Folgen eines Brandes **im Gebiet von Stschastje** durchgeführt.

Nach Angaben unserer Quellen haben die Soldaten der Brigade vor Beginn der Arbeiten keine technische Aufklärung der Örtlichkeit vorgenommen und im Verlauf der Arbeiten ereignete sich eine **Detonation einer zuvor installierten Antipersonenmine**.

Dabei erlitt ein Soldat eine Detonationsverletzungen. ...

Die Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig besetzten Territorium erleidet weiter Schaden dadurch, dass die Kämpfer der BFU die Normen des humanitären Rechts und der Moral und das Verbot des Angriffs auf privates Eigentum der Bevölkerung nicht einhalten.

Im Gebiet von Malinowoje ist auf dem Grundstück eines von Kämpfern des 1. Bataillons der 25. Brigade besetzten privaten Hauses ein Kurzschluss an einer Stelle, wo eigenmächtig ein Anschluss an das Stromnetz erfolgt ist, entstanden, dadurch geriet ein Wirtschaftsgebäude in Brand. Auch das Wohnhaus wurde durch das Feuer beschädigt. Die Kämpfer verwischten eilig die Spuren ihrer Anwesenheit und verließen das durch das Feuer zerstörte Haus. ...

de.sputniknews.com: **EU-Parlament erkennt Lukaschenko nicht als legitimen Präsidenten an**

Am Donnerstag hat das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, in der es die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahl in Weißrussland vom 9. August abgelehnt sowie zu Sanktionen gegen den Präsidenten Alexander Lukaschenko aufgerufen hat. Dies geht aus einer Pressemitteilung der Behörde hervor.

Die Resolution wurde am Donnerstag mit 574 Stimmen verabschiedet, wobei 37 Europa-Abgeordnete gegen das Dokument gestimmt hatten. Dabei enthielten sich 82 Parlamentsmitglieder ihrer Stimme.

Dem Dokument zufolge lehnte das EU-Parlament die offiziellen Ergebnisse der weißrussischen Präsidentschaftswahlen vom 9. August ab, da es dabei „eklatante Verstöße“

gegen alle international anerkannten Standards gegeben hätte.

Zudem riefen die Abgeordneten zu europäischen Sanktionen gegen eine Reihe von Personen auf, die für die „Wahlfälschungen und gewaltigen Repressionen in Weißrussland“ verantwortlich seien, darunter gegen den amtierenden Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko. Die Parlamentarier forderten die EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat dazu auf, in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern unverzüglich restriktive Maßnahmen umzusetzen. In der Resolution wurden auch die Festnahmen sowie Gewaltaktionen gegen friedliche Demonstranten und Journalisten in Weißrussland scharf verurteilt.

In der Resolution hob das EU-Parlament auch den Beitrag der oppositionellen Frauen, darunter Swetlana Tichanowskaja, Veronika Tsepkalo und Maria Kolesnikowa während der Proteste hervor. Die Parlamentarier riefen zudem zur sofortigen Freilassung der Mitglieder des Koordinierungsrates der weißrussischen Opposition sowie aller Personen auf, die aufgrund ihrer politischen Anschauungen willkürlich festgenommen worden seien.

de.sputniknews.com: **Weißrussland bekommt als erstes Land russischen Corona-Impfstoff**

Die offizielle Pressevertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Donnerstag über die Vakzine gegen Coronavirus und die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich gesprochen.

Das erste Land, das den in Russland entwickelten Impfstoff gegen Covid-19 bekomme, werde Weißrussland sein, gab Sacharowa bei einem Briefing bekannt.

Die Entwicklung eines sicheren und wirksamen Corona-Impfstoffs bleibe ein „bevorzugtes und alternativloses Ziel gemeinsamer Bemühungen der internationalen Gemeinschaft“.

„Russland ist offen für eine breite Zusammenarbeit mit anderen Ländern in diesem Bereich und ist bereit, mit allen interessierten Partnern zu kooperieren.“

Der russische Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus, der den Namen „Sputnik V“ erhielt, war weltweit der erste. Er wurde vom Gamaleya-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie mit Unterstützung des Russischen Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) entwickelt.

Experten zufolge wiesen alle Freiwilligen bei den klinischen Studien hohe Antikörpertiter aus. Es seien keine schwerwiegenden Komplikationen festgestellt worden, hieß es.

Nach Angaben der Chefin der russischen Behörde für Verbraucherschutz, Anna Popowa, werden in Russland 26 Varianten des Impfstoffes gegen das Coronavirus entwickelt. Ein Serum, an dem das Zentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ arbeitet, soll im September verfügbar sein. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0c/327687283_0:24:2275:1254_1000x0_80_0_1_cd958793e459225fc1fa145a28581c48.jpg

de.sputniknews.com: **Nato richtet neues Atlantik-Kommando ein**

Die Nato will an diesem Donnerstag ein neues Atlantik-Kommando in den USA für einsatzfähig erklären.

Demzufolge soll die Norfolk-Einheit im US-Bundesstaat Virginia einen qualitativeren Schutz für Kommunikations- und Transportwege zwischen Nordamerika und Europa sichern.

Aus der Verteidigungsallianz heißt es, dass angesichts ziviler Handelswege und Kommunikationskanälen sowie militärischer Nachschubrouten der Nordatlantik „von vitaler Bedeutung für die Sicherheit Europas“ sei.

Die Nato reagiere somit – mit der Stärkung ihrer Streitkräfte- und Kommandostruktur – auf die als aggressiv empfundene Politik Russlands. Darunter würde verstanden, dass sich die östlichen Bündnispartner besonders bedroht fühlten – dies, nachdem die Schwarzmeerhalbinsel Krim wieder russisch geworden sei.

Es gibt mehrere Szenarien bei der Nato, eines davon beinhaltet, dass russische U-Boote Unterseekabel zwischen Europa und den USA kappen könnten. Durch diese Kabel geht zudem ein Teil der Internetkommunikation.

Attacken solcher Art können zu einer hybriden Kriegsführung gehören. Dies bedeutet, sie könnten eine Mischung offener und verdeckter Kriegshandlungen darstellen.

Das Kommando in Norfolk (JFCNF) ergänzt somit ein kürzlich geschaffenes Kommando in Ulm (JSEC) in Baden-Württemberg. Das letztgenannte hatte bereits ein Jahr zuvor die erste Stufe der Einsatzfähigkeit erzielt. Das Ulm-Kommando ist demnach für Material- und Truppentransporte in Europa zuständig. Beide Kommandos sollen gemäß dem Plan ihre volle Einsatzbereitschaft bis September 2021 erreichen.

270 Offiziere und Soldaten insgesamt werden dem JSEC in Ulm angehören. Im Kriegsfall soll das Kontingent bis zu 600 zählen. Die geplante Anzahl des Personals für das JFCNF in den USA beläuft sich auf 150 Männer und Frauen.

ukrinform.de: **Präsident: Rapid Trident – Übungen ein wichtiger Schritt zur europäischen Integration der Ukraine**

Die internationalen militärischen Übungen Rapid Trident 2020 seien ein wichtiger Schritt auf dem Weg der euro-atlantischen Integration der Ukraine, erklärte heute Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner Rede bei der Eröffnung der Übungen in der Region Lwiw, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Meiner Meinung nach sind die Übungen Rapid Trident 2020 nicht nur eine weitere Etappe der Vervollkommnung der militärischen Fähigkeiten. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der euro-atlantischen Integration unseres Staates“, sagte der ukrainische Staatspräsident. Nach seinen Worten werden die Übungen die operativen Fähigkeiten der Truppen stärken, die Interoperabilität zwischen Einheiten und Stäben der Streitkräfte der Ukraine, der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Mitglieder und -Partner verbessern und die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern noch stärker und freundlicher machen.

„Ich danke allen diesjährigen Teilnehmern, danke unseren internationalen Partnern für die unveränderliche Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggressionen und für die Hilfe für die Stärkung der Kampfkraft unserer Armee“, ergänzte Selenskyj.

Wie berichtet hält sich Präsident Wolodymyr Selenskyj am Donnerstag zu einer Arbeitsreise in der Region Lwiw auf.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_09/thumb_files/630_360_1600338526-5259.jpeg

de.sputniknews.com: **Berlin und Paris legen Grundstein für erste gemeinsame Lufttransportstaffel**

Die deutschen und die französischen Streitkräfte bauen die erste gemeinsame Lufttransportstaffel auf. Dies gaben die Verteidigungsministerien beider Länder am Donnerstag auf Twitter bekannt.

Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihre Amtskollegin Florence Parly nahmen in Evreux in der nordwestfranzösischen Region Normandie an einer Zeremonie der Grundsteinlegung teil. ...

Ab September 2021 sollen in Evreux Soldaten der beiden Länder zusammen dienen. Laut Parly soll die Zahl der Militärs bei 260 liegen. Die Einheit soll mit zehn Flugzeugen C-130 J Super Hercules des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin ausgestattet werden.

„Zum ersten Mal werden Piloten und Mechaniker im Rahmen einer französisch-deutschen Einheit handeln, Flugzeuge werden gemeinsam benutzt“, so Parly.

Sie sprach von einer „beispiellosen Integration“. Die deutsche Verteidigungsbehörde bezeichnete das Projekt als „großen Meilenstein im Rahmen der deutsch-französischen Kooperation“. Damit werde ein „Zeichen in der europäischen Zusammenarbeit gesetzt“, meinte AKK laut dem Amt.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur France-Presse werden deutsche Piloten die Möglichkeit bekommen, Flugzeuge französischer Streitkräfte zu fliegen, und umgekehrt. Ein Franzose werde die Staffel leiten, mit einem deutschen Stellvertreter.

Die Einheit wird laut AFP an Auslandseinsätzen teilnehmen. Die Einsatzregeln sowohl Deutschlands als auch Frankreichs würden dabei berücksichtigt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327950776_0:293:3072:1955_1000x541_80_0_0_9f189b992ac0cdcec927ebabdf4ef94e.jpg

de.sputniknews.com: **Wegen Ukraine-Krise: Europäischer Gerichtshof bestätigt EU-Sanktionen gegen russische Firmen**

Die wegen des Ukraine-Konflikts verhängten EU-Sanktionen gegen russische Firmen wie die Erdöl- und Erdgasgesellschaften der Rosneft-Gruppe werden vom Europäischen Gerichtshof für rechtmäßig befunden. Die Ausfuhrverbote und die Zugangsbeschränkungen zu den EU-Kapitalmärkten trügen dazu bei, die Ziele der Union zu erreichen, hieß es am Donnerstag. Der EuGH bestätigte damit ein Urteil des EU-Gerichts (Rechtssache C-732/18 P). Den Unternehmen selbst hätte nicht verborgen bleiben können, „aus welchen Gründen diese gezielten Maßnahmen ihnen gegenüber ergriffen wurden“, betonten die Richter. So komme dem Staatskonzern Rosneft eine zentrale Rolle in der russischen Erdölindustrie zu. Die mit Sanktionen belegten Unternehmen würden „selbst nicht bestreiten, dass sie die Kriterien erfüllen“, die der Rat der EU für die Anwendung solcher gezielten Maßnahmen aufgestellt hat. Der Gerichtshof weist auch darauf hin, dass die restriktiven Maßnahmen „im Einklang mit dem Partnerschaftsabkommen Europäische Union–Russland stehen“.

Die Ausfuhrverbote hätten zudem allgemeine Geltung, „auch wenn die Zahl der Akteure auf dem betreffenden Sektor möglicherweise sehr begrenzt ist“, betonten die Richter. Die Europäische Union habe sich bei der Begründung der Sanktionen auf die Gesamtlage beschränken können und sei nicht verpflichtet gewesen, die Maßnahmen spezifisch und konkret zu begründen.

Die im Jahr 2014 verhängten EU-Sanktionen verbieten es unter anderem, Spezialtechnik zur Ölförderung an russische Unternehmen zu liefern. Zudem werden Bankgeschäfte eingeschränkt.

Die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Ländern hatten sich wegen der Situation in der Ukraine verschlechtert, wo es Anfang 2014 zu einem Staatsstreich gekommen war. Am 19. Juni 2020 einigten sich die EU-Staaten darauf, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen des andauernden Ukraine-Konflikts um sechs Monate zu verlängern. Mehrere russische Unternehmen, die zu der auf die Sektoren Erdöl und Erdgas spezialisierten Rosneft-Gruppe gehören, hatten beim Gericht der Europäischen Union eine Klage auf Nichtigerklärung dieser restriktiven Maßnahmen erhoben. Mit dem Urteil vom 13. September 2018 hatte das Gericht diese Klage abgewiesen und entschieden, dass die Sanktionen rechtmäßig seien. Das wurde nun vom EuGH bestätigt.

Deu.belta.by: **Außenministerium zur Resolution des EU-Parlaments: aggressiv und nicht konstruktiv**

Die vom EU-Parlament verabschiedete Resolution zu Belarus, in der Alexander Lukaschenko nicht mehr als Präsident anerkannt wird, ist aggressiv und nicht konstruktiv. Diese Reaktion auf die europäische Entscheidung kam aus dem belarussischen Außenministerium und wurde von dessen Pressedienst veröffentlicht.

Im Kommentar heißt es: „Wir sind enttäuscht darüber, dass das EU-Parlament, das sich als eine ernsthafte, objektive und demokratische Institution versteht, nicht imstande war, den politischen Willen aufzubringen, um über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen, die Einseitigkeit zu überwinden und nicht zur Geißel gängiger Klischees zu werden.“

„Wir haben uns davon überzeugt, dass das EU-Parlament die innenpolitischen Vorgänge in Belarus nicht versteht und dass seine Aussagen absolut realitätsfremd sind. Dafür wird das Parlament sogar innerhalb der EU einer scharfen Kritik unterzogen. Die Resolution ist darüber hinaus in einem sehr aggressiven Ton verfasst und enthält keine einzige These, die konstruktiv oder ausgewogen wäre. Das Dokument ist nicht stichhaltig und stellt statt einer Analyse nur eine Reihe emotionaler Sätze dar, die uneinheitlich wirken und nach dem Motto

„der eine sagt hü, der andere hott‘ gebildet sind“, geht aus dem Kommentar hervor. Den EU-Angeordneten würde es nicht schaden, sich ein Mindestmaß an Wissen über das Völkerrecht anzueignen und etwas Respekt gegenüber souveränen Staaten aufzubringen, so das Außenministerium. „Diese Eigenschaften würden viel schneller zum Fortschritt in den internationalen Beziehungen beitragen als der inszenierte Wunsch, seine Meinung ultimativ aufzuzwingen und die Welt oder zumindest Eurasien zu regieren“, hieß es.

„Es liegt klar auf der Hand, wie minderwertig alle Aufforderungen zu Sanktionen und zum Abbau der Beziehungen für die Interessen einfacher Menschen in Europa und Belarus sind. Sicherlich werden die EU-Abgeordneten den Schaden, den sie durch ihre Entschließung hervorrufen, kaum am eigenen Leib zu spüren bekommen, die Wirtschaft und die einfachen Menschen aber wohl. Aber die Geschichte wird irgendwann ihr Urteil fällen.“

Das Ministerium hat dem EU-Parlament empfohlen, über die reale Unterstützung von Souveränität, Unabhängigkeit und Stabilität in Belarus nachzudenken anstatt solche Resolutionen zu verabschieden. Somit könnte ein bedeutender Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung Europas geleistet werden.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1600358383_52686_big.jpg

abends:

rusvesna.su: **Lawrow gab eine wichtige Erklärung zu den Minsker Abkommen ab**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist der Ansicht, dass unter der gegenwärtigen ukrainischen Regierung keine Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Abkommen zu erwarten sind.

„Ich denke, dass unter der gegenwärtigen ukrainischen Regierung, ebenso wie unter dem vorherigen Präsidenten, nicht mit Fortschritten bei der Umsetzung der Minsker Abkommen zu rechnen ist.

Auch wenn Präsident Selenskij selbst und der stellvertretende Ministerpräsident Resnikow, der für die Arbeit in der Kontaktgruppe verantwortlich ist, öffentlich darüber sprechen. Auch wenn Außenminister Kuleba darüber spricht“, sagte er in einem Interview mit dem Fernsehsender RTVI.

„Sie erklären, dass die Minsker Abkommen notwendig seien, sie könnten nicht gebrochen werden, weil die Politik der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten, die Sanktionen gegen die Russische Föderation fortzusetzen, auf diesen Abkommen und den Vorwürfen der Nichtumsetzung durch Russlands beruhen.

Trotzdem hat ein derart perverses Verständnis des Wesens der Minsker Abkommen oder vielmehr der Versuch, Russland die Schuld an allem zu geben, obwohl Russland dort nie

erwähnt wird, die Gedanken unserer europäischen Kollegen, einschließlich Frankreichs und Deutschlands, die zusammen mit uns, den Ukrainern und dem Donbass, Mitautoren der Minsker Abkommen sind, tief durchdrungen. Sie können nicht anders, als zu festzustellen, dass die Ukrainer einfach ihre Verantwortung verzerren und versuchen, sich von ihnen zu entfernen und die Minsker Abkommen anders zu lesen“, erklärte Lawrow.

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Wasserflaschen aus Hotelzimmer im deutschen Rettungsflieger nach Berlin geholt**

Die Wasserflaschen aus dem Hotelzimmer in der sibirischen Stadt Tomsk, wo sich Alexej Nawalny aufgehalten hat, sind auf Ersuchen von dessen Stabschef im deutschen Rettungsflieger nach Berlin transportiert worden. Dies teilte der Gründer der Initiative „Cinema for Peace“, Jaka Bizilj, am Donnerstag mit.

„Die Wasserflaschen, um die es jetzt geht, wurden im deutschen Rettungsflieger transportiert. Nawalyns Stabschef hatte mich gebeten, sicherzustellen, dass die Flaschen transportiert werden können, obwohl darin ja noch Flüssigkeit war. Das Team hat das ermöglicht“, sagte Bizilj der „Bild“. Dabei machte er keine näheren Angaben darüber, um welches Team es gehe. Zuvor hatte Bizilj den Rettungsflieger organisiert, der Nawalny aus Tomsk nach Berlin brachte.

In einer am Donnerstag auf dem Instagram-Konto von Nawalny veröffentlichten Erklärung heißt es, dass der Kampfstoff „Nowitschok“, mit dem er nach Angaben der deutschen Militärmediziner vergiftet worden sei, auf einer Wasserflasche aus einem Zimmer des Tomsker Hotels gefunden worden sei. Nachdem die Mitarbeiter des Antikorruptionsfonds (FBK) in Tomsk vom Vorfall im Flugzeug erfahren hätten, hätten sie einen Anwalt gerufen, seien ins Hotelzimmer gegangen, und hätten begonnen, alles, was sie fanden, darunter Wasserflaschen, einzusammeln, zu beschreiben und zu verpacken.

Zuvor hatte der russische Wissenschaftler Leonid Rink, der an der Entwicklung des Nervengiftes „A-234 Nowitschok“ gearbeitet hatte, Zweifel daran geäußert, dass die Flasche aus einem Hotelzimmer entnommen wurde. Das Auftragen von „Novitschok“ im Hotel hätte nicht nur zum Tod des Kremlkritikers, sondern auch all jener Personen geführt, die die Flasche berührten, sagte Rink. ...